



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 20.06.2012, 17:06 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Weiterer Ausbau U 3

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt EBM **Seigfried**, ihm sei der Wunsch einiger Gremienmitglieder übermittelt worden, die Tagesordnungspunkte „Schlößlesfeldschule – Entwurfs- und Baubeschluss“, Vorl. Nr. 212/112, und „Sanierung der Gebäude Alleenstraße 17-21 und Umbau zur Justinus-Kerner-Werkrealschule“, Vorl. Nr. 159/12, entgegen der Ausweisung auf der Tagesordnung in die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt aufzunehmen. Da die Mitglieder beziehungsweise Vertreter beider Ausschüsse anwesend seien, wolle er diesem Wunsch nachkommen, wenn kein Gremienmitglied widerspreche.

Stadträtin **Kopf** bittet darum, einen zusätzlichen nichtöffentlichen Punkt „Verschiedenes“ vorzusehen.

Die Gremienmitglieder erklären sich mit beiden Vorschlägen einmütig einverstanden.

Die Punkte „Schlößlesfeldschule – Entwurfs- und Baubeschluss“, Vorl. Nr. 212/12, und „Sanierung der Gebäude Alleenstraße 17-21 und Umbau zur Justinus-Kerner-Werkrealschule“, Vorl. Nr. 159/12, sollen dann in der Konsequenz im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 21.06.2012 nicht erneut behandelt, sondern von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Zum Beratungsverlauf des Themenkomplexes „Weiterer Ausbau U3“ siehe Tagesordnungspunkte 1.1 bis 1.3.

TOP 1.1

**Erweiterung der evangelischen
Kindertageseinrichtung in der Jägerstraße um zwei
Krippengruppen durch den Umbau von zwei
angrenzenden Wohnungen in der Jägerstraße 9**

Vorl.Nr. 213/12

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt die Erweiterung der bestehenden

evangelischen Kindertageseinrichtung in der Jägerstraße 11 um zwei Krippengruppen mit insgesamt 20 Kleinkindplätzen. Die beiden angrenzenden Wohnungen im Erdgeschoss der Jägerstraße 9 werden hierzu entsprechend der Vorl. Nr. 213/12 beiliegenden Plan umgebaut.

2. Folgende Ausgaben werden genehmigt:

- Baukosten für den Kleinkindbereich im Gebäude Jägerstraße 9 in Höhe von 278.000€ (150.000€ in 2012 und 128.000€ in 2013)
- Pauschale für Inventar in Höhe von 30.000€
- Kosten für die Außenanlagen in Höhe von 70.000 €

3. Der überplanmäßigen Ausgabe beim Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft in Höhe von 150.000€ für das Jahr 2012 wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über die Finanzposition 2.4641.9880.000-0005. Die Haushaltsmittel für das Jahr 2013 für verbleibende Baukosten (128.000€), Außenanlagen (70.000€) und Inventar (30.000€) werden im Haushalt 2013 vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes bereitgestellt.

4. Die Kosten für den Umbau in der bestehenden Einrichtung (Jägerstraße 11) in Höhe von ca. 19.000 € zuzüglich die Ausstattung für den Schlafraum in Höhe von 12.000 € werden genehmigt.

5. Innerhalb der beiden Krippengruppen werden bis zu 10 Plätze für Betriebe geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend gibt Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport) an Hand einer PowerPoint-Präsentation als Einstieg ins Thema einen Überblick über den aktuellen Stand beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren. Dabei geht sie insbesondere auf die Maßnahmen im institutionellen Bereich ein und stellt dar, welche Versorgungsquoten voraussichtlich im Jahr 2013/2014 erreicht werden könnten. Der Ausbau in der Kindertagespflege sei hingegen schwieriger abzuschätzen. Weiter stellt sie die Verteilung der Betreuungsplätze auf die Ludwigsburger Stadtteile dar und gibt einen Ausblick auf die finanziellen Herausforderungen für den kommenden Haushalt. Die Präsentation wird auf Bitte des Gremiums mit separater Post an die Stadträtinnen und Stadträte versandt.

EBM **Seigfried** lobt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 213/12 den Erweiterungsvorschlag als bedarfsgerecht, kostengünstig und schnell realisierbar. Zudem entspreche er dem Wunsch des Trägers. Weiter weist er auf die Möglichkeit zur Einrichtung von Betriebskindergartenplätzen hin, betont aber, dass bisher noch keine verbindliche Interessensbekundung vorliege.

Stadtrat **Meyer** freut sich insbesondere deshalb über den preiswerten und schnell zu realisierenden Vorschlag, da man in Ludwigsburg der anvisierten Betreuungsquote noch hinterher hinke. Auch sei der Bedarf von Seiten der Elternschaft unzweifelhaft gegeben. Der Großteil der CDU-Fraktion sehe kein Problem bei den vorgeschlagenen Raumstandards und befürworte die Vorl. Nr. 213/12.

Stadtrat **Daferner** verweist auf die Prüfungsergebnisse der Verwaltung sowie die Ergebnisse der von der Hochschule durchgeführten Umfrage. Die Situation stelle sich so dar, dass man einfach etwas tun müsse. Insofern sei er auch froh, dass der Träger der Kindertageseinrichtung Jägerstraße sich Gedanken über eine sinnvolle Realisierung der Erweiterung gemacht habe. Angesichts der Ausbaupflichtung bis 2013 müsse man auch in Kauf nehmen, wenn die aus dem notwendigen Ausbau von Betreuungseinrichtungen entstehenden Situationen baulich oder pädagogisch nicht immer optimal seien. Im Vergleich zu anderen sei man in den Ludwigsburger Kindertageseinrichtungen immer noch hervorragend aufgestellt.

Stadtrat **Glasbrenner** weist ebenfalls auf die anstehenden großen Auf- und Ausgaben im Bildungs- und Betreuungsbereich hin. Trotz aller Anstrengungen werde man die angestrebte Ausbaquote nicht erreichen. Insbesondere werde die finanzielle Kraft der Stadt Ludwigsburg nicht ausreichen, dieses Ziel nur durch Neubauten zu erreichen, sondern man müsse auch Erweiterungen und Umbauten einplanen. Aus diesen Gründen sei ihm auch wichtig gewesen, dass zwei statt nur einer Krippengruppe untergebracht werden könnten. Auch wolle er nochmals nachdrücklich die Festlegung von Standards und Normprogrammen für derartige Baumaßnahmen empfehlen. Kinder benötigten keine „Prachtbauten“, sondern lediglich Gebäude, in denen sie sich wohlfühlen könnten. Wichtig sei aus seiner Sicht auch die multifunktionale Nutzbarkeit der Räume.

Stadträtin **Klett-Heuchert** beurteilt alle drei heute zu beratenden Maßnahmen zum Ausbau U3 als suboptimal. Zumindest handle es sich bei der Maßnahme in der Jägerstraße im Vergleich zum Ausbau der Einrichtung in der Rudolf-Greiner-Straße um eine preiswertere Erweiterung. Angesichts des Ausbaudrucks bleibe jedoch nichts anderes übrig, als auch dort Erweiterungen vorzunehmen, wo diese mit Einschnitten und Einschränkungen verbunden seien. Wolle man im kommenden Jahr die Betreuungsquote auch nur annähernd erreichen, habe man keine andere Wahl. Der Ausbau der bei Tagesmüttern angebotenen Plätze sei zu wenig steuerbar und dürfe kein Anlass sein, den Ausbau der institutionellen Betreuung zurückzufahren.

Stadtrat **Heer** erinnert an die Besichtigung der Einrichtung durch die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. Seine Fraktion habe sich ebenso wie die FW-Fraktion dafür ausgesprochen, bei einer Erweiterung zwei statt einer Krippengruppe unterzubringen. So könne der Nachfrage aus der Elternschaft Rechnung getragen werden und die Baukosten seinen darüber hinaus wirtschaftlicher. Abschließend betont er, dass es sich bei der aktuellen Maßnahme keinesfalls um einen „Prachtbau“ handle, sondern um eine Erweiterung, die von Kosten und Standard her deutlich unter einem Neubau liege.

Stadträtin **Lange** schließt sich weitestgehend den Aussagen von Stadtrat Glasbrenner an. In Ludwigsburg sei man noch ein gutes Stück vom Erreichen der Betreuungsquote entfernt. Insofern seien alle Maßnahmen zu begrüßen, die einen diesem Ziel näher brächten. Wichtig sei dabei, dass Baukosten und Folgekosten für das Personal etc. weiterhin tragbar blieben. Unter diesem Aspekt sehe sie die Kosten für die Außenanlagen kritisch.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert, die Kosten für die Außenanlagen resultierten hauptsächlich aus der Notwendigkeit der Einzäunung. Zu den Baukosten selbst trügen die Erneuerung der Elektroinstallation und die Sanierung der sanitären Anlagen den größten Teil bei. Weiter beantwortet sie Fragen des Gremiums zum Brandschutz und zu Fluchtwegen, zur Anordnung der Küche und zu den Möglichkeiten, einen Kinderwagen abzustellen. Sie erläutert weiter, dass von rechtlicher Seite keine Verpflichtung zur Barrierefreiheit bestehe.

Im Anschluss an die Beratung lässt EBM **Seigfried** den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Vorl. Nr. 213/12 abstimmen.

Eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ist nicht vorgesehen.

Beratungsverlauf:

An Hand von Fotoaufnahmen stellt Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) den aktuellen Bestand dar. Bei der geplanten Erweiterung ergebe sich für funktional erforderliche Räume ein zusätzlicher Flächenbedarf von rund 200 m². Hinzu kämen Erschließungs- und Verkehrsflächen. Sodann präsentiert sie die fünf von der Verwaltung entwickelten Erweiterungsvarianten und zeigt deren jeweilige Vor- und Nachteile auf. Abschließend fasst sie die Bewertungsmatrix auf Seite 6 der Vorl. Nr. 216/12 zusammen und benennt für jede der Varianten das Ergebnis einer groben Kostenschätzung.

EBM **Seigfried** weist auf den bestehenden Zielkonflikt hin. Je nachdem, ob man den Fokus auf pädagogische Fragestellungen, den Eingriff in die öffentliche Spielplatzfläche oder eine Realisierung mit möglichst geringen Eingriffen in den laufenden Betrieb lege, werde man andere Varianten favorisieren. Er empfehle, das vorhandene Baurecht zu nutzen und mit Variante 1 oder 4 eine Alternative zu wählen, die baurechtlich möglich sei und gleichzeitig mit einem möglichst geringen Eingriff in den Betrieb der Kindertageseinrichtung auskomme. Über die Frage des öffentlichen Spielplatzes müsse man sich dann mittel- bis langfristig unterhalten.

BM **Schmid** ergänzt, auch die rasche Realisierbarkeit und die relativ günstigen Preise sprächen für die Varianten 1 und 4.

Stadträtin **Kopf** möchte keine Entscheidung ohne eine detaillierte Kostenermittlung treffen. Hier fehlten jedoch detaillierte Angaben. Auch regt sie an, die in der Einrichtung tätigen Erzieherinnen und Erzieher zu hören, die ja später mit der Erweiterung in der einen oder anderen Variante arbeiten müssten.

Stadtrat **Glasbrenner** fordert ebenfalls dazu auf, vor einer Entscheidung detailliertere Kostenangaben vorzulegen. Diese ad hoc zu vergleichen, sei auf Grund unterschiedlicher Bruttogeschossflächen und der unterschiedlichen Nebenkosten, bedingt beispielsweise durch unterschiedlich umfangreiche Eingriffe in den Spielplatz, kaum möglich. Weiter weist er darauf hin, dass bei einem Vor-Ort-Termin eine weitere Variante „V1 mit südlichem Gebäudeanschluss“ diskutiert worden sei, die jetzt nicht mehr aufgeführt werde. Diese müsse ebenfalls geprüft werden.

Stadtrat **Daferner** stimmt der Erweiterung als solches zu, die Entscheidung für eine der Varianten sei jedoch äußerst schwierig. Die Argumente für die Varianten 1 und 4 könne er nachvollziehen, aus pädagogischer Sicht sowie aus Gründen der Besonnung empfehle sich hingegen Variante 3. Sollte sich abzeichnen, dass Variante 1 am ehesten realisierbar sei, könne seine Fraktion wahrscheinlich auch dieser zustimmen.

Stadtrat **Gericke** erachtet keine der Varianten als optimal, sieht aber durchaus Optimierungspotential. Er selbst könne sich auch sehr gut eine L-förmige Variante 6 mit kompakter Gebäudeform vorstellen und verspreche sich hiervon Vorteile hinsichtlich der energetischen Fragen und des Eingriffs in die Freifläche. Kritisch würdigt er auch die „Kannibalisierung der Kinderspielfläche“ und er spricht sich dafür aus, Erzieherinnen und Einrichtungsleitung in die weiteren Entscheidungen einzubinden.

Stadtrat **Haag** will sich zunächst mit der grundsätzlichen Überlegung befassen, ob der Schwerpunkt der Erweiterung auf einer neuen autarken Einheit oder auf einem „Andocken“ an

den Bestand liegen solle. Grundsätzlich gefalle ihm die Vorstellung, ein Gebäude gegenüberzustellen, das auf den Bestand „antworte“, gut. Aus Kostensicht biete sich dann wahrscheinlich die Variante V1 eher an. Anschließend gibt er zu bedenken, dass Kostenangaben in diesem Stadium der Planungen sehr vorsichtig gehandhabt werden müssten und spricht sich dafür aus, eine Entscheidung für eine Erweiterungsvariante erst in der nächsten Sitzung zu treffen.

Für die Variante 1 spricht sich auch Stadträtin **Lange** aus, da diese den geringsten Eingriff in den öffentlichen Spielplatz nach sich ziehe. Sie könne sich auch vorstellen, zu Gunsten des öffentlichen Spielplatzes auch bei den Freiflächen für den U3-Bereich Abstriche zu machen.

Stadträtin **Burkhardt** schlägt vor, nur über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages abzustimmen, da dies unstrittig sei. Was die Erweiterungsvarianten anbelange, so benötige sie noch konkretere Kostenangaben. Derzeit tendiere sie zu V5 unter der Voraussetzung, dass die Gesamtkosten nicht deutlich über denen der anderen Varianten lägen. Auch der V1 könne sie zustimmen unter der Voraussetzung, dass Länge und Breite noch etwas modifiziert würden. Keine Option sei der gänzliche Wegfall des öffentlichen Spielplatzes.

Stadtrat Dr. **Bohn** spricht sich für die Variante 3 aus. Diese erhalte einen möglichst großen Teil der Grünfläche und bringe keine so hohen Folgekosten mit sich. Die Kosten könne man reduzieren, indem man eine kürzere und breitere Version des Gebäudes plane, also quasi das Gebäude der V1 auf die Südseite ausrichte.

Stadträtin **Moersch** erklärt, zu keinem Zeitpunkt einer der Varianten zustimmen zu wollen. Die Kinderbetreuungseinrichtung besitze eine schützenswerte Einzigartigkeit, in die jede der Varianten negativ eingreife. Es müssten daher andere Alternativen geprüft werden.

Stadtrat **Kromer** fordert nochmals dazu auf, die Mitarbeiter zu hören, die später in der Einrichtung arbeiten müssten.

EBM **Seigfried** lehnt dies ab und betont seine Ergebnisverantwortung als Dezernent. Was die Stellungnahme von Stadträtin Moersch anbelange, so sei er sich der Qualität, aber auch der Exklusivität der Gartenfläche bewusst. Man stehe jedoch auch gesamtstädtisch in der Verantwortung für die Realisierung der Betreuungsquote. Unter diesem Gesichtspunkt halte er die V1 auch mit Rücksicht auf Gartenfläche und Spielplatz für vertretbar.

Stadtrat **Kirnbauer** stellt den Antrag, die Variante 5 (s. Anlage zur Vorl. Nr. 216/12) dahingehend zu überarbeiten, dass der momentan östlich an den öffentlichen Spielplatz angrenzende Teil des Erweiterungsbaus nach Süden „heruntergeklappt“ werde. Gemeinsam mit dem Bestandsgebäude ergebe sich dadurch ein L-förmiger Komplex.

Nachdem dieser Vorschlag im Gremium auf einmütige Zustimmung stößt, sagt BM **Schmid** zu, dies weiterzuverfolgen und vor einer Entscheidung für eine der Varianten überarbeitete Planungen vorzulegen.

EBM **Seigfried** verzichtet auf Abstimmung über die Vorl. Nr. 216/12.

Abweichender Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt den Erweiterungsbau (Raumprogramm und Baumaßnahme) für zwei Krippengruppen mit insgesamt 20 Kleinkindplätzen in der evangelischen Kindertageseinrichtung „Wolkentor“ in der Rudolf-Greiner-Straße, Oßweil.

2. Die Evangelische Kirche erhält zum Bau dieser beiden Krippengruppen bei anerkannten Baukosten in Höhe von 1.165.000€ zuzüglich Kosten für die Außenanlage von 60.000 € auf dem Gelände der Kirche einen städtischen Zuschuss in Höhe von *bis zu* 985.000 €.

Der städtische Zuschuss wird nur erteilt, wenn die Investitionszuschüsse des Bundes in Höhe von 12.000 € pro Platz, insgesamt 240.000 €, gewährt werden.

Die notwendigen Finanzmittel für das Haushaltsjahr 2012 in Höhe von ca. 200.000€ werden über die Finanzposition 2.4641.9880.000-0005 und 1.4641.7020 gedeckt.

Die restlichen Finanzmittel in Höhe von 785.000€ werden für den Haushalt 2013 vorbehaltlich der Genehmigung bereitgestellt.

3. Die an das Kindergartengelände angrenzende öffentliche Grünfläche wird wie im Plan dargestellt (Anlage 1 zur Vorl. Nr. 188/12) dem Kindergarten zur Nutzung als Außenfläche zugeteilt. Die Kosten in Höhe von 90.000€ werden genehmigt.

Die finanziellen Mittel werden für den Haushalt 2013 angemeldet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Wallmersperger** (mw Architekten) stellt an Hand der Anlagen zur Vorl. Nr. 188/12 die Planungen für den Erweiterungsbau vor. Er geht auf das Raumprogramm ein und weist darauf hin, dass das vom FB Hochbau und Gebäudewirtschaft erstellte Grobkonzept noch um einen Aufenthaltsraum und eine Teeküche erweitert worden sei. Besonders hervorzuheben sei auch, dass die Planung bereits dem prognostizierten demografischen Wandel Rechnung trage. Bei Bedarf könnten Teile des Gebäudes in Zukunft auch von Seniorengruppen und Vereinen genutzt werden.

EBM **Seigfried** betont, der Erweiterungsbau sei dringend erforderlich, da die schon ältere Bestandseinrichtung die heutigen Anforderungen nicht abdecken könne. Besonders freue er sich in diesem Zusammenhang über die Vorteile der Kooperation mit einem großen freien Träger. Statt

separater Bewegungsräume könnten die vorhandenen Flächen im Gemeindezentrum genutzt werden.

Das Gremium verleiht einmütig seiner Freude darüber Ausdruck, dass durch den Erweiterungsbau dem größeren Raumbedarf moderner Betreuungseinrichtungen Rechnung getragen werden könne und zusätzlich weitere Betreuungsplätze angeboten würden. Auch die Lösung für die Außenanlagen sei gelungen. Mehrheitlich kritisch gewürdigt werden hingegen die erwarteten Gesamtkosten von 1,225 Mio. €.

Stadträtin **Kopf** fordert die Verwaltung dazu auf, noch nach Einsparmöglichkeiten zu suchen.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich nach den Möglichkeiten zur Einbeziehung zweier Bestandswohnungen, die ihres Wissen von der Kirche nicht mehr genutzt würden.

Stadtrat **Glasbrenner** plädiert ebenfalls dafür, die vergleichsweise hohen Kosten zu reduzieren. Angesichts der vielen Nebenflächen und der zahlreichen raumhohen Fenster seien sicher noch Einsparungen möglich, ohne die Nutzbarkeit zu beeinträchtigen.

Stadtrat **Gericke** freut sich insbesondere über die multifunktionale Nutzbarkeit der Flächen. Er regt weiter an, im Zuge der Baumaßnahmen einen sinnvollen Zugang vom Gemeindezentrum zu den Spielflächen zu realisieren.

Der Planung insgesamt zustimmen kann auch Stadtrat **Haag**. Was die Kosten anbelange, spreche auch er sich für eine Überprüfung aus. Weiter erkundigt er sich, weshalb die Betreuungszeiten beider Gruppen mit 6 Stunden angesetzt seien.

Stadträtin **Burkhardt** hinterfragt insbesondere die Kosten für die Außenflächen kritisch.

EBM **Seigfried** führt aus, die angesprochenen Wohnungen würden genutzt und stünden nicht zur Verfügung. Was die Betreuungszeiten anbelange, so trage dies der geänderten Nachfrage Rechnung. Bei Bedarf sei eine Nachsteuerung möglich. Auf Vorschlag von Stadtrat **Glasbrenner** ändert er die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags dahingehend ab, dass der städtische Zuschuss nicht „maximal 985.000 €“ sondern „bis zu 985.000 €“ betragen solle. Falls es noch gelingen sollte, die Baukosten wie angeregt zu reduzieren, solle auch die Stadt Ludwigsburg durch einen geringeren Zuschuss hiervon profitieren.

Anschließend lässt er den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales abstimmen. Eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ist nicht vorgesehen.

TOP 2

**Schlößlesfeldschule, Corneliusstraße 36
- Entwurfs- und Baubeschluss
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 212/12

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Bau der Erweiterung für den Ganztagesbereich mit Mensa und Multifunktionsraum an der Schlößlesfeldschule Corneliusstraße 36 im Stadtteil Schlößlesfeld mit Baukosten in Höhe von 2,88 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 + 700).

2. Der Vergabe der weiterführenden Planungsstufen an die beauftragten Planungsbüros auf Grundlage der vorliegenden Kostenberechnung (gemäß der aktuellen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss wird vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Liepins (BTU/BSS)
 Stadtart Seybold (BTU)

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erinnert einleitend an das Raumprogramm für die Erweiterung des Ganztagesbereichs mit Mensa und Multifunktionsraum, das im Juli 2011 beraten worden sei. An Hand eines Lageplanes sowie von Grundrissen, Querschnitten und Ansichten stellt sie sodann den Entwurf für das Erweiterungsvorhaben vor. Vor einem Jahr seien die Kosten auf der Grundlage einer ersten Skizze auf ca. 2,4 Mio. € geschätzt worden. Nach der aktuellen Kostenberechnung sei mit Baukosten in Höhe von 2,88 Mio. € zu rechnen. Die Mehrkosten entfielen dabei insbesondere auf die Außenanlagen sowie die Ausstattung. Geplant sei, im Herbst mit den Baumaßnahmen zu beginnen, damit der Betrieb zum Frühjahr 2014 aufgenommen werden könne.

Die Stadträte **Meyer**, **Juraneck** und **Moersch** loben übereinstimmend den von Frau Barnert vorgestellten Entwurf. Dass jede Maßnahme im Bestand auch einen Eingriff, beispielsweise in die bestehende Nutzung der Außenflächen, mit sich bringe, müsse man wohl oder übel akzeptieren. Die angesprochene Kostensteigerung sei hierbei selbstverständlich ein Wermutstropfen. Könne man noch in diesem Jahr mit dem Bau beginnen, finde dies ihre uneingeschränkte Zustimmung.

Stadtrat **Gericke** freut sich insbesondere über die Kernzeitenbetreuung an der Schösslesfeldschule und schließt sich ansonsten seinen Vorrednern an. Weiter regt er an, für die Schüler aus der Hartenecker Höhe den Zugang zum Schulgelände aus Richtung Osten kommend zu erleichtern.

Stadtrat **Haag** lobt ebenfalls den vorgestellten Entwurf und hebt anerkennend hervor, dass sich dieser gut in die Umgebung einfüge und angesichts der zunehmenden Zahl der Familien auf der Hartenecker Höhe auch dringend notwendig sei.

Stadträtin **Burkhardt** bestätigt ebenfalls die Notwendigkeit der Maßnahme und erklärt, mit der Vorl. Nr. 212/12 sei ihre gemeinsam mit Stadtrat Hillenbrand gestellte Anfrage, Vorl. Nr. 217/12, erledigt.

Frau **Barnert** beantwortet daraufhin Fragen des Gremiums zum Technikraum, zum Brandschutz sowie zur Gestaltung der Außenflächen und zum Zugang von der Hartenecker Höhe. Den Vorschlag von Stadtrat Kirnbauer, zur Kostendämpfung die Bauausschreibung auch an Hallen- und Stahlbauer zu schicken, weist sie mit der Begründung zurück, dass ein massiver Baukörper geplant sei.

Auf Nachfragen von Stadtrat **Glasbrenner** führt Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzend aus zur Honorarvereinbarung mit dem Architekten. Eine Bonus-Malus-Regelung sei zwar laut HOAI möglich, jedoch gebe es hierfür noch keine rechtssicheren Vertragsmuster, so dass diese Regelung hier nicht angewandt worden sei.

Sodann ruft EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 212/12 zur Abstimmung auf.

TOP 2.1	Baubeginn Anbau Schlößlesfeldschule - Anfrage der Stadträte Burkhardt (LUBU) und Hillenbrand (Die Linke) vom 14.05.2012	Vorl.Nr. 217/12
----------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Die Anfrage ist mit Beschluss zur Vorl. Nr. 212/12 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3	Sanierung der Gebäude Alleenstr. 17 - 21 (bisher Pestalozzischule) und Umbau zur Justinus-Kerner- Werkrealschule - Entwurfsbeschluss (Vorberatung)	Vorl.Nr. 159/12
--------------	---	------------------------

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf zu Umbau/Sanierung der Gebäude Alleenstraße 17/21 zur Justinus-Kerner-Werkrealschule mit Baukosten in Höhe von 7,6 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 300, 400 + 700).

2. 1. Der Vergabe der weiterführenden Planungsstufen an die beauftragten Planungsbüros auf Grundlage der vorliegenden Kostenberechnung (gemäß der aktuellen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI), wird zugestimmt.

2.2. Der Vergabe der Tragwerksplanung für die Leistungsphasen 2 - 6 an das Ingenieurbüro Helber + Ruff in Ludwigsburg, auf Grundlage der Angebote vom 12.08.2011 und 24.05.2012 mit einem Gesamthonorar von rd. 50.000 EUR inkl. 19% MwSt. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss wird vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold (BTU)
 Stadträtin Burkhardt (BTU)

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert mit Verweis auf die Vorl. Nr. 159/12 über die geplanten Maßnahmen zur Sanierung und zum Umbau der Gebäude Alleenstraße 17 bis 21. Der Schwerpunkt liege hierbei auf Brandschutzmaßnahmen, der mechanischen Be- und Entlüftung, der Herstellung der Barrierefreiheit sowie der energetischen Sanierung und hierauf entfalle auch ein Großteil der zu erwartenden Kosten. Weiter spricht sie die gegenüber dem Grundsatzbeschluss zu erwartenden Mehrkosten an, an welche nach HOAI hier das Architektenhonorar angepasst werden müsse. Abschließend weist sie noch darauf hin, dass beim Regierungspräsidium Stuttgart ein Antrag auf Förderung der Generalsanierung gestellt worden sei. Sie rechne mit einer Förderhöhe von rund 1 Mio. €.

Stadtrat **Kromer** dankt für die Vorl. Nr. 159/12. Der Intention der Vorlage könne er grundsätzlich zustimmen. Allerdings stelle sich ihm aus Sicht des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und im Hinblick auf die gegenwärtige Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes die Frage, ob das zu Grunde liegende Raumprogramm auch dann noch optimal sei, wenn die Werkrealschule auslaufe und an diesem Standort gegebenenfalls eine drei- bis vierzügige Gemeinschaftsschule als gebundene Ganztageschule eingerichtet werde.

Ergänzend macht Stadtrat **Lutz** als Vertreter des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt kritisch darauf aufmerksam, dass sich das Honorar für die Planungsleistungen Heizung, Lüftung und Sanitär um mehr als 100% erhöht habe. Dies stehe in keinem Verhältnis zur Kostenerhöhung in anderen Bereichen.

Stadtrat **Juraneck** stellt sich die gleichen Grundsatzfragen wie Stadtrat Kromer. Unabhängig hiervon handle es sich um eine fachlich überzeugende Planung. Was die Kostenseite anbelange, so dränge sich ihm die Frage auf, ob eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung der richtige Standard sei und sich überhaupt amortisiere.

Stadtrat **von Stackelberg** erklärt, er sei mit den Verzögerungen bei den Umzugsmaßnahmen auf dem Schulcampus nicht zufrieden. Insofern sei es ihm heute ein Anliegen, dass die Verwaltung „grünes Licht“ für die nächsten Schritte erhalte und es nicht erneut zu Zeitproblemen komme. Dringend müsse dann jedoch ein Puffer für die anstehenden Entwicklungen in der Schullandschaft und insbesondere im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan eingeplant werden.

Auch Stadträtin **Moersch** warnt vor weiteren Verzögerungen. Statt die anstehenden

Veränderungen abzuwarten, müsse das Raumprogramm bereits heute so ausgelegt werden, dass es für kommende Entwicklungen gerüstet sei.

Stadtrat **Glasbrenner** moniert, die Baukosten hätten sich – ausgehend von den Basiszahlen – innerhalb eines Jahres um rund 40% verteuert. Bereits 2011 habe eine Kostenberechnung vorgelegen, die Mehrkosten ausgewiesen habe, und er frage sich, warum der Ausschuss nicht früher informiert worden sei. Heute stehe man unter einem gewissen Druck. Wenn man der Vorlage nicht zustimme, ziehe auf Grund der Abhängigkeiten auf dem Campus eine Verzögerung eine andere nach sich. Er fordere die Verwaltung dringend auf zu prüfen, wo noch deutliche Einsparungen möglich seien.

Stadtrat Dr. **Vierling** verleiht seiner Freude darüber Ausdruck, dass ein zentraler Baustein des Schulcampus nun in die Realisierung eintrete. Die Kostensteigerung hinterlasse hierbei jedoch einen bitteren Beigeschmack. Nicht alle Mehrkosten seien aus seiner Sicht überraschend oder unvorhersehbar und sie hätten daher früher diskutiert werden müssen. Weiter gibt er zu bedenken, dass die Dreizügigkeit für die Justinus-Kerner-Schule nicht dauerhaft gewährleistet sei und es müsse sichergestellt werden, dass das Raumprogramm auch für eine etwaige künftige Gemeinschaftsschule geeignet sei. Was den Ganztagsanbelange, müsse wahrscheinlich hingegen nicht mit großen Abweichungen gerechnet werden.

Stadtrat **Heer** betont, die Notwendigkeit der vorgestellten Maßnahme sei sicher unbestreitbar. Dass es zu Verzögerungen auf dem Schulcampus gekommen sei, sei unerfreulich, aber manchmal unvermeidbar. Mit Blick auf den Paradigmenwechsel in der Schulentwicklung stelle sich auch für ihn die bereits mehrfach angesprochene Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Planungen. Es werde angesichts dieses Punktes und der Kostensituation für die FDP-Fraktion nicht anderes übrig bleiben, als der Vorlage mit Bauchgrimmen zuzustimmen.

Stadtrat **Haag** vertieft die Bemerkungen zur Kostensituation. Die neue Kostenberechnung sei überraschend, da man sich im Vergleich der Bruttogeschosfläche nun gar nicht mehr so weit weg von Neubaukosten befinde. Angesichts des zeitlichen Druck sei es jedoch leider nicht möglich, über eine solche Option nachzudenken. Wichtig sei ihm allerdings, dass die Verwaltung noch auslote, ob die geplanten Energieeinsparungen noch im Verhältnis zu den aus den erforderlichen Ertüchtigungen resultierenden Baukosten stünden.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) bestätigt, dass die Planungen auf eine dreizügige Werkrealschule ausgelegt und eng mit der Schulleitung abgestimmt worden seien. Dennoch seien die Planungen so flexibel, dass man – egal welche Schulform in Zukunft am Standort realisiert werde – für künftige Entwicklungen nicht idealtypisch, aber gut und praktikabel aufgestellt sei. Was den Ganztagsanbelange, so sei beispielsweise die Durchführung von Lerngruppen auch in ganz normalen Klassenzimmern möglich, so dass hier tatsächlich keine größeren Veränderungen im Raumbedarf zu erwarten seien.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass die Aufstellung eines Raumprogramms zugeschnitten auf eine eventuelle zukünftige Gemeinschaftsschule, für die es noch gar kein Konzept gebe, schlichtweg unmöglich sei.

Frau **Barnert** erläutert vertiefend die Kostenentwicklung und gibt insbesondere zu bedenken, dass im Rahmen des Grundsatzbeschlusses die zu erwartenden Kosten noch an Hand der Flächen im Raumprogramm hochgerechnet worden seien. Detailberechnungen seien in diesem Stadium nicht möglich gewesen. Über die sich abzeichnenden Entwicklungen habe man jedoch auch im Rahmen der letzten INKAS-Vorlage informiert.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich nach dem Kostenunterschied, wenn man die EnEV genau einhalte und nicht wie geplant um 30% unterschreite.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) gibt zu bedenken, dass die Stadt Ludwigsburg

auch eine Vorbildfunktion in Fragen des Klimaschutzes habe und haben wolle und somit einen gewissen energetischen Standard anstrebe. Selbstverständlich habe die Verwaltung im Vorfeld jedoch verschiedene Alternativen geprüft, unter anderem auch eine günstigere Teilsanierung. Damit verwirke man jedoch Fördermöglichkeiten, so dass sich dies im Endeffekt nicht lohne.

Stadtrat **Glasbrenner** beantragt daraufhin, die Ziffer 1 des Beschlussvorschlags dahingehend zu verändern, dass der Gemeinderat die Baukosten in Höhe von 7,6 Mio. € lediglich zur Kenntnis nehme. Ergänzt werden solle der Auftrag an die Verwaltung, kurzfristig Einsparungsvorschläge vorzulegen. Die Ziffern 2.1 und 2.2 müssten dann hieran angepasst werden.

Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl. Nr. 159/12 zur Abstimmung.

Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt ist mit diesem Punkt beendet.

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit setzt EBM **Seigfried** mit Zustimmung des Gremiums die Tagesordnungspunkte 5-8, Vorl. Nrn. 231/12, 202/12, 215/12 und 205/12, von der Tagesordnung ab.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Sitzung um 21 Uhr. Er begründet diesen damit, dass die Stadträte in der laufenden Woche bereits sehr lange Abendtermine zu bewältigen gehabt hätten und weitere anstünden.

Stadtrat **Herrmann** kann dieses Anliegen dem Grunde nach nachvollziehen. Durch die soeben abgesetzten Punkte und die heute geleistete „Vorarbeit“ in der gemeinsamen Sitzung, die den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 21.06.2012 entlasten werde, habe man der Sitzungsökonomie bereits Rechnung getragen. Er plädiere dafür, die verbleibenden Punkte knapp abzuhandeln.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 4

Umwandlung der Montessori Spielgruppe in eine Kindertagesstätte

Vorl.Nr. 227/12

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend dem Antrag zur Gründung einer privaten Kindertagesstätte, die formellen Voraussetzungen für die Aufnahme der Montessori-Kinderstube in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

Mehrere Gremienmitglieder erwähnen die Arbeit der Montessori-Spielgruppe und ihrer Leiterin Frau Wörsinger lobend.

EBM Seigfried stellt die Vorl. Nr. 227/12 zur Abstimmung.

TOP 5**Stadtentwicklungskonzept Chancen für Ludwigsburg
- Indikatorenset zum SEK - Paket 2****Vorl.Nr. 231/12**

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

TOP 6**Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017****Vorl.Nr. 202/12**

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und im Gesamtgemeinderat am 04.07.2012 eingebracht.

TOP 7**Jahresbericht Stadtbibliothek 2011****Vorl.Nr. 215/12**

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Empfehlungsbeschluss:

Der Gemeinderat bestätigt das Angebot vom 08.05.2012 zur Beteiligung an der Integrierten Leitstelle für den Landkreis Ludwigsburg.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Das Gremium spricht sich einmütig für die Beschlussempfehlung der Verwaltung aus. Der Standort bei der Feuerwache sei der richtige. Verschiedene Gremienmitglieder verweisen auf die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik des Kreistags am 21.05.2012 und verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich der Kreistag dessen Votum pro Feuerwache anschließen werde.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl. Nr. 234/12 zur Abstimmung.

Empfehlungsbeschluss:

1. Mit Wirkung zum 10.09.2012 geht die Trägerschaft der Schulkindbetreuung Hoheneck an die Arbeiterwohlfahrt Ludwigsburg (AWO) über.
2. Die durch den Betriebsübergang der Schulkindbetreuung Hoheneck freiwerdenden Stellen werden mit dem Stellenentwicklungsplan 2013 abgebaut.
3. Auf der Grundlage der dargestellten Rahmenbedingungen des Zuschussbedarfs wird die Verwaltung beauftragt, mit der Arbeiterwohlfahrt eine mit der Grundschule Hoheneck abgestimmte Leistungsvereinbarung zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Liepins

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend erinnert EBM **Seigfried** daran, dass der FB Bildung, Familie, Sport schon länger den Auftrag habe, im Zuge der „Bildungsoffensive“ und mit dem Ziel einer größeren Trägervielfalt freie Träger in die Schulkindbetreuung mit einzubeziehen. Dies trage auch dem raschen und starken Anstieg in der Zahl der zu betreuenden Kinder Rechnung.

Die Vorl. Nr. 245/12 findet bei den Gremienmitgliedern mehrheitlich Zustimmung.

Stadträtin **Kopf** regt ergänzend an, Übergaben von Trägerschaften in der Schulkindbetreuung künftig auszuschreiben. Für einen Einstieg in das Thema sei der gewählte Weg aber der richtige.

Stadtrat **von Stackelberg** lobt insbesondere, dass man im Vorfeld des Trägerwechsels sehr kommunikativ agiert und viele Dinge vorab geklärt habe. Auch das Vorgehen beim Personalwechsel halte er für sehr fair.

Stadtrat **Kirnbauer**, der den Trägerwechsel ebenfalls wohlwollenden begleiten möchte, bittet die Verwaltung darum, die bisherigen sowie künftigen Kosten und Einnahmen noch vergleichend gegenüber zu stellen.

Der Vorlage ebenfalls zustimmen will Stadträtin **Klett-Heuchert**, auch wenn sich ihr der Sinn des Trägerwechsels nicht ganz erschließe. Sie stellt die Frage in den Raum, ob ein freier Träger die Leistung besser als die Stadt erbringen könne oder ob es sich hierbei auch um „Stellenkosmetik“ handle.

Stadtrat **Heer** begrüßt ebenfalls den Start in das Pilotprojekt in Hoheneck.

Dem Trägerwechsel nicht zustimmen will hingegen Stadträtin **Lange**. Als Gründe führt sie insbesondere an, dass die Stadt Einflussmöglichkeiten verliere und zudem den künftigen Zuschussbedarf bei der AWO nicht abschätzen könne. Zudem seien wohl nicht alle Mitarbeiter bereit, zur AWO zu wechseln.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) sagt zu, einen Vergleich der Kostensituation nachzureichen. Es sei zu erwarten, dass sich Kosten und Einnahmen nach Übergang der Trägerschaft nicht stark veränderten.

EBM **Seigfried** ergänzt, im Vordergrund stehe nicht die Kostenfrage, sondern der Wunsch nach einer Trägervielfalt. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass die Schulkindbetreuung nicht zu den Kerngeschäften der Verwaltung gehöre. Um die Nachfrage dennoch abzudecken, habe man in den vergangenen Jahren zahlreiche Stellen hierfür geschaffen, die ihrerseits verwaltet werden müssten und dadurch Aufwand verursachten. Sodann stellt er die Vorl. Nr. 245/12 zur Abstimmung.

TOP 11

**Änderung der Parkgebührensatzung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 214/12

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (in der Fassung vom 30.04.2008) wird entsprechend der als Anlage der Vorl. Nr. 214/12 beigefügten Gebührensatzung geändert.
2. In der Zone 3 wird das Bewohnerparken eingeführt und in der Zone 1 wird es erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Liepins

Ja 10 Nein 4 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) weist darauf hin, dass die der Vorl. Nr. 214/12 als Anlage beigefügte geänderte Parkgebührensatzung und der Übersichtsplan korrekt seien, sich im Sachverhalt der Vorlage unter Ziffer 1 jedoch ein redaktioneller Fehler eingeschlichen habe. Er

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 20.06.2012

verteilt den korrigierten Text (Anlage 1 zum Protokoll).

Anschließend ruft EBM Seigfried die Vorl. Nr. 214/12 zum Beschluss auf.

TOP 12

Öffnung Bolzplatz Jugendfarm e.V.

Vorl.Nr. 228/12

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Das Gremium bedankt sich einmütig bei den Verantwortlichen der Jugendfarm für die dort geleistete, hervorragende Arbeit sowie insbesondere dafür, dass die Öffnung des Bolzplatzes durch große Zugeständnisse und eine konstruktive Mitarbeit an den hierfür notwendigen Voraussetzungen ermöglicht worden sei. Sicher gebe es noch einige offene Fragen, die gemeinsam und einvernehmlich geklärt werden müssten. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass sich das Zugeständnis der Jugendfarm zum Nachteil für diese auswachse. Wenn der Bolzplatz nicht innerhalb der geplanten Grenzen genutzt werde und es zu Lärmbelästigungen oder Sachbeschädigungen komme, müsse man intervenieren und notfalls auch den Mut aufbringen, den Bolzplatz wieder zu schließen.

EBM Seigfried sagt dies zu. Es sei auch der Verwaltung ein großes Anliegen, dass die Rahmenbedingungen, die die Jugendfarm für ihre erfolgreiche Arbeit benötige, respektiert würden. Auch er wolle verhindern, dass die Arbeit der Jugendfarm durch die Öffnung des Bolzplatzes beeinträchtigt werde.

TOP 12.1.1

Jugendfarmverein Ludwigsburg e.V. - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2010

Vorl.Nr. 214/10

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht zur Vorl. Nr. 228/12 erledigt.

TOP 12.1.2

Zurückstellung der Öffnung des Bolzplatzes bei der Jugendfarm - Antrag der Stadträtin Lange vom 19.07.2011

Vorl.Nr. 343/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht zur Vorl. Nr. 228/12 erledigt.